

Landkreis Ravensburg

den 07. Dez. 2018

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 20.11.2018 in der Gemeindehalle Grünkraut, Bodnegger Str. 25, 88287 Grünkraut

Dauer 14:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Eugen Abler

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Josefine Haberkorn

Herr Rudolf Hämmerle

Herr Wilhelm Heine

Herr Dr. Ulrich Höflacher

Herr Thomas Kellenberger

Herr Wolfgang Kleiner

Herr Dieter Krattenmacher

«sitext» vom «sidat»

Herr Hans-Jörg Leonhardt
Herr Clemens Moll
Herr Peter Müller
Herr Christian Natterer
Herr Alois Peter
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Volker Restle
Herr Robert Schweizer
Herr Daniel Steiner
Herr Robert Stütze
Herr Roland Weinschenk
Herr Waldemar Westermayer
Herr Josef Wurm

FWV

Herr Markus Ewald
Herr Jochen Fischinger
Herr Matthias Grad
Herr Roland Haug
Herr Hans Peter Künst
Herr Michael Lang
Herr Holger Lehr
Herr Rainer Magenreuter
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Frau Judith Gebhardt
Frau Liv Pfluger
Herr Bruno Sing
Herr Siegfried Spangenberg
Herr Heinz Strubel
Herr Dr. Ulrich Walz
Herr Roland Zintl

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Peter Clément
Herr Gerhard Lang
Herr Rainer Marquart
Frau Gisela Müller
Herr Jürgen Rölli

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing
Herr Max Scharpf
Herr Siegfried Scharpf
Herr Dr. Wolfgang Schmidt

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian
Herr Wolfgang Nippe

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon	Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und Bürgerservice
Herr Franz Baur	Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruktur
Frau Diana E. Raedler	Dezernentin Arbeit und Jugend
Herr Gerd Hägele	Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft
Herr Jörg Urbaniak	Co-Dezernent Soziales
Herr Simon Gehringer	Amtsleiter Straßenbauamt, zu TOP 8 und 10.1
Herr Hubert Messmer	Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP, zu TOP 7 und 10

Frau Selina Nußbaumer

Stabsstelle des Landrats, zu TOP 11

Abwesend:

CDU

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Karl Immler

Herr Axel Müller, MdB

Frau Dr. Silke Rieser

Herr August Schuler, MdL

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm

Herr Gereon Güldenber

Frau Ursula Hilpert

SPD

Herr Anton Frei

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Hauptamtes

3. 0127/2018
Aktualisierung der Hauptsatzung

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0179/2018
Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

5. 0073/2018
Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2019
6. 0072/2018
Jahresabschluss 2017 - Landkreis Ravensburg

Mitteilungsvorlagen

7. 0167/2018
Schulbauprogramm 2020, Vorstellung der Analyse

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

8. 0168/2018
Neubau oder Sanierung der Brücke über die Argen zwischen Eglofstal und Steinegaden - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.10.2018

9. 0175/2018

Bedarfsgerechte Erweiterung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums in Kißlegg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 26.10.2018

10. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

10.1 0190/2018

Geltendmachung von Ansprüchen aus der gemeinsamen Unterhaltung an Bundes- und Landesstraßen

11. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Kreistages wurden am 06.11.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

KR Lehr begrüßt die Kreisräte in seiner Funktion als Bürgermeister in Grünkraut und informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Gemeinde.

Der Vorsitzende gratuliert KR Spangenberg zum 80. Geburtstag.

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 25.10.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten des Hauptamtes

3. 0127/2018

Aktualisierung der Hauptsatzung

Beschlussentwurf:

Der in Anlage 3 dargestellten Änderungssatzung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 60 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

4. 0179/2018

Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser und Pflegeschule

Beschlussentwurf:

Der in Anlage 3 dargestellten Fortschreibung der Betriebssatzung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei einer Enthaltung)

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

5. 0073/2018

Kreishaushalt und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2019

Herr Baur stellt den Kreishaushalt und den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs IKP für das Jahr 2019 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende stellt wesentliche Themen und Projekte im Landkreis Ravensburg mit Außenwirkung für das Jahr 2019 vor. Er berichtet über die bauliche Umsetzung zur regionalen Schulentwicklung, das Projekt „Digitalisierung von Schule und Unterricht“, Schulbauprogramm 2020 - 2040, Weiterentwicklung des ÖPNV-Systems, Ausbau der E-Mobilität, Biodiversitätsstrategie, Investitionsförderprogramm für zusätzliche Kurzzeitpflegeplätze, Bürgerportal, Flächen- und Standortkonzept sowie den Aufbau des „Hof Beck“ beim Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben. Er schlägt vor, dass der Kreishaushalt und der Wirtschaftsplan zur weiteren Vorberatung an den Verwaltungsausschuss und den Betriebsausschuss des Eigenbetriebs IKP verwiesen werden.

Beschlussentwurf:

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Kernverwaltung sowie der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Immobilien, Krankenhäuser, Pflegeschule für das Jahr 2019 werden verabschiedet.

Beratungsergebnis: Verweis in den Verwaltungsausschuss und den Betriebsausschuss IKP

6. 0072/2018

Jahresabschluss 2017 - Landkreis Ravensburg

Der Vorsitzende weist auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2018 hin.

Anmerkung der Schriftführung:

Der „Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2018“ ist auch in session als Anlage zu diesem TOP hinterlegt.

KR Gallasch begründet den CDU-Antrag und geht dabei auf den § 23 GemHVO ein. Er führt aus, dass die Verrechnung der Ergebnisrücklagen mit dem Basiskapital eine Ermessensentscheidung des Kreistages sei.

KR Spieß befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion und ergänzt, dass die Umstellung von Kameralistik auf Doppik für die Gemeinden schwierig sei.

KR Bindig stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion lediglich einen Passivtausch in der Bilanz darstelle.

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.11.2018 (Anlage zu 0072/2018):

Die CDU Kreistagsfraktion beantragt im Jahresabschluss 2017, die Ergebnisrücklage nicht um 150.039.678,73 € zu Gunsten des Basiskapitals zu verringern, sondern nur um den genannten Betrag abzüglich der nach Auflösung von Sonderposten verbleibenden Abschreibung über den Finanzplanungszeitraum (hier bis 2021). Diese Regelung soll auch in den kommenden Jahren so gehandhabt werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussentwurf der Vorlage 0072/2018 in der Fassung des soeben erfolgten Änderungsbeschlusses.

1. Feststellungsbeschluss

Auf Grund von § 95 b Gemeindeordnung (GemO) i.V.m. § 48 Landkreisordnung (LKrO) stellt der Kreistag am 25.10.2018 den Jahresabschluss für das Jahr 2017 mit folgenden Änderungen fest:

Die Umbuchung aus der Ergebnisrücklage des ordentlichen Ergebnisses in das Basiskapital erfolgt in Höhe von 99260.966,24 €. Das Basiskapital vermindert sich dementsprechend

		EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	414.198.858
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-381.196.111
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	33.002.747
1.4	Außerordentliche Erträge	4.877.058
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	-544.301
1.6	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	4.332.757
1.7	Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	37.335.504

2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	388.707.292
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-367.081.053
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	21.626.239
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.852.560
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-15.945.151
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-12.092.592

2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	9.533.647
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-143.801
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.226.919
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	-1.370.720
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	8.162.927
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	123.015
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	36.093.631
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	8.285.942
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.13 und 2.14)	44.379.573

3.	Bilanz	
3.1	Immaterielles Vermögen	339.890
3.2	Sachvermögen	194.104.774
3.3	Finanzvermögen	189.028.370
3.4	Abgrenzungsposten	17.296.843
3.5	Nettoposition	0
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	400.769.876
3.7	Basiskapital	-172.846.859
3.8	Rücklagen	-95.396.946
3.8.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-85.396.946
3.8.2	Investitionsrücklagen	-10.000.000
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0
3.10	Sonderposten	-66.910.380
3.11	Rückstellungen	-32.596.530
3.12	Verbindlichkeiten	-30.929.743
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-2.089.418
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	-400.769.876

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses:

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs	Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basis-kapital
	Sonder-ergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweitvorange-gangenen Jahr	drittvorange-gangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonder-ergebnisses	
	EUR ²⁾							
	1	2	3	4	5	6	7	8
1 Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände	4.332.757	33.002.747	0	0	0	161.655.165	0	69.253.136
3 Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-33.002.747				33.002.747		
7 Zuführung eines Überschusses des Sonderergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-4.332.757						4.332.757	
13 vorläufige Endbestände						194.657.912	4.332.757	69.253.136
14 Umbuchung aus den Ergebnissrücklagen in das Basiskapital nach § 23 Satz 3 GemHVO						-99.260.966	-4.332.757	103.593.723
15 Endbestände						95.396.946	0	172.846.859

2. Der Prüfungsbericht des Kommunal- und Prüfungsamts wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen

Mitteilungsvorlagen

7. 0167/2018

Schulbauprogramm 2020 - 2040, Vorstellung der Analyse

Herr Messmer stellt die Analyse des Schulbauprogramms 2020 – 2040 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Forderer führt aus, dass die nun vorgenommene Begutachtung der kreiseigenen Schulliegenschaften den Eindruck aus den Schulbesichtigungen im Rahmen der regionalen Schulentwicklung bestätigt habe und ein erheblicher Sanierungsstau bestehe. Er äußert Bedenken, dass bei der derzeitigen Preisentwicklung die Gesamtsanierungskosten von 300 Mio. Euro eingehalten werden könnten. Er erkundigt sich nach der Priorisierung der einzelnen Schulsanierungen.

KR Aicher schlägt vor, die Errichtung von Photovoltaikanlage auf den Schulgebäuden vorzunehmen. So könnte über die Erzeugung von Eigenstrom ein Teil der laufenden Kosten gedeckt werden.

Herr Baur bestätigt, dass die Schulgebäude sanierungsbedürftig seien. Eine Bestandsanalyse wurde vorgenommen. In der Klausurtagung des Kreistags werde der Maßnahmenkatalog mit der Priorisierung vorgestellt. Er führt aus, dass die Sanierungskosten der Schulen finanziell leistbar seien, da sich diese über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren erstrecken werden. Er teilt mit, dass die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden überprüft werde.

KR G. Lang bedankt sich für die Analyse der kreiseigenen Schulliegenschaften. Er erkundigt sich nach der Beratungsreihenfolge. Er schlägt vor, noch die Martinusschule in Ravensburg und die Albert-Schweizer-Schule in Kißlegg zu begutachten.

KR Zintl lobt die detaillierte Ausarbeitung des Themas und die Einbeziehung der Schulleiter. Er plädiert dafür, dass der Kreistag über die Priorisierung des Maßnahmenkatalogs entscheiden sollte.

KR Sing dankt der Verwaltung, dass sie bei der Sanierung von Gebäuden die Belange einer energiesparenden Bauweise berücksichtigt.

KR Bürkle ist der Meinung, dass bereits bei der Priorisierung die energetischen Maßnahmen mit berücksichtigt werden sollten.

KRin Fiegel-Hertrampf fragt, ob ein Zusammenschluss der Edith-Stein-Schule in Ravensburg und Aulendorf angedacht sei.

KR S. Scharpf befürwortet eine kostengünstigere Variante der Sanierung. Er empfiehlt, in der Kostenaufstellung eine umfangreiche Sanierungsvariante sowie eine günstigere Modulbauweise aufzuzeigen.

Herr Baur berichtet, dass das Schulbauprogramm 2020 in zwei Ausschüssen und einer Kreistagssitzung vorberaten und in der Kreistagssitzung im März 2019 beschlossen werde. Er sichert zu, dass die Martinusschule in Ravensburg und die Albert-Schweizer-Schule in Kißlegg durch den Kreistag besichtigt werden könnten. Er teilt mit, dass die Edith-Stein-Schule zunächst in den bisherigen Strukturen bestehen bleibe. Es müsse aber geprüft werden, ob die Aufgabenverteilung zwischen den zwei Standorten auch in Zukunft noch sinnvoll sei. Er erklärt, dass das Schulbauprogramm 2020 - 2040 den Gesamtbedarf an Sanierungsmaßnahmen darstelle und für die Umsetzung mehrere Varianten für den Standort Ravensburg ausgearbeitet werden.

Herr Messmer führt aus, dass sich die Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen schwierig gestaltet habe. Es können leider nicht alle Maßnahmen im ersten Jahr umgesetzt werden. Die Sanierungsmaßnahmen müssen auf 20 Jahre verteilt werden. Auf die Bitte von KR Bürkle antwortet er, dass vorab eine Auflistung der energetischen Maßnahmen für die zahlreichen Schulliegenschaften nicht leistbar sei. Bei der Zielplanung werde dies aber mitberücksichtigt.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

8. 0168/2018

Neubau oder Sanierung der Brücke über die Argen zwischen Eglofstal und Steinegaden - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.10.2018

KR Kleiner verlässt wegen Befangenheit das Plenum und setzt sich in den Besucher-
raum.

KR Spangenberg begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom
12.10.2018. Ziel sei eine Sanierung der Brücke oder falls technisch nicht möglich ein
Neubau in gleicher Breite. Er teilt mit, dass durch den Neubau einer größeren Brücke
die Anbindungsstraßen ebenfalls verbreitert werden müssten. Zudem erklärt er, dass
durch die Sanierung der Brücke Ressourcen gespart werden könnten.

KRin Pfluger bittet darum, die ursprüngliche Entscheidung über den Neubau einer
deutlich breiteren und schwerlasttauglichen Brücke zwischen Eglofstal und Steinega-
den zu überdenken und schlägt vor, den Antrag zur erneuten Beratung in den Fach-
ausschuss zu verweisen.

KR Krattenmacher spricht sich für den bereits beschlossenen Neubau als deutlich
breitere und tragfähigere Brücke aus. Er erklärt, dass eine Sanierung der Brücke
mehr Risiken mit sich bringe. Durch einen Neubau der Brücke flussaufwärts könnten
die Anwohner während der Bauphase den Fluss weiterhin überqueren. Des Weiteren
können durch den breiteren Neubau alle Verkehrsteilnehmer problemlos die Brücke
überqueren. Er führt aus, dass die derzeitige Brücke für die schweren landwirtschaft-
lichen Maschinen nicht geeignet sei.

KR Schmidinger bestätigt, dass der Neubau der Brücke aus Sicherheitsgründen nötig
sei.

KR Spangenberg führt aus, dass eine breitere Brücke in diesem kleinen Tal nicht
nötig sei. Er bittet die Mitglieder des Kreistags, den bereits 2013 gefassten Beschluss
zu überdenken. Er weist darauf hin, dass die Mitglieder der Bürgerinitiative bei einem
breiteren Neubau alle juristische Mittel anwenden werden, um diesen zu verhindern.

KR Gallasch stellt einen **Antrag zur Geschäftsordnung** auf Schluss der Rednerlis-
te.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 5 Gegenstimmen)

KR Clément teilt die Auffassung eines Neubaus. Er schlägt vor, einen Neubau der
Brücke an gleicher Stelle in abgespeckter Form vorzunehmen.

KR Dr. Schad möchte wissen, ob der Landkreis die noch ausstehende Grundstücke zum Neubau der Brücke erwerben könnte und wie die zeitliche Perspektive des Neubaus geplant sei.

Herr Gehringer berichtet, dass bis Mai 2019 der Antrag auf Planfeststellung gestellt werde und bis zum Jahresende 2019 eine Antwort erwartet werde. Die finanziellen Mittel werden im Haushaltsjahr 2020 angemeldet. Er geht davon aus, dass nach einem Planfeststellungsbeschluss eine einvernehmliche Lösung zum Erwerb der Grundstücke gefunden werden kann.

Antrag von KRin Pfluger auf Verweis in den Fachausschuss:

Die Entscheidung über den Neubau oder Sanierung der Brücke zwischen Eglofstal und Steinegaden wird zur erneuten Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende stellt den **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.10.2018** zur Abstimmung:

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

9. 0175/2018

Bedarfsgerechte Erweiterung des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums in Kißlegg - Antrag der ÖDP-Fraktion vom 26.10.2018

KR S. Scharpf stellt den Antrag vor und erkundigt sich nach der Meinung der Verwaltung.

Herr Baur berichtet, dass die bedarfsgerechte Erweiterung der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ) in Kißlegg im Entwurf des Schulbauprogrammes 2020 – 2040 bereits enthalten sei und schlägt vor, dies in diesem Rahmen zu bearbeiten.

KR Forderer ist der Meinung, dass diese Sanierungsmaßnahme im Kultur- und

Schulausschuss besprochen werden sollte.

Der Vorsitzende erläutert die Verfahrensmöglichkeiten. Der Antrag könne im Rahmen des Schulbauprogrammes 2020 - 2040 behandelt oder als extra Tagesordnungspunkt in den Fachausschuss verwiesen werden.

KR S. Scharpf führt aus, dass Menschen mit Behinderungen eine besondere Unterstützung benötigen und daher der Antrag im Fachausschuss zeitnah behandelt werden sollte.

KR Zintl betont, dass dieser Antrag bereits im Schulbauprogramm 2020 - 2040 enthalten sei und sieht daher keine Notwendigkeit einer separaten Beratung im Fachausschuss.

Antrag von KR S. Scharpf auf Verweis in den Fachausschuss:

Der Antrag vom 26.10.2018 über die Sanierung des SBBZ wird in den Fachausschuss verwiesen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Antrag von KR Bindig:

Der Antrag vom 26.10.2018 wird nach Beratung im Fachausschuss zur weiteren Bearbeitung in das Schulbauprogramm 2020 – 2040 aufgenommen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende erklärt, dass die beantragte Prüfung bereits Teil des Schulbauprogrammes 2020 - 2040 sei.

Woraufhin KR S. Scharpf den Antrag für erledigt erklärt.

10. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Ausschreibungen von Bauleistungen

KR Bindig geht auf sein Schreiben vom 19.11.2018 ein. Er erkundigt sich, ob bei Ausschreibungen von Bauleistungen entgegen den Regeln des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) die Aufträge nicht in qualitativer Hinsicht in Fachlose zerlegt und nach verschiedenen Gewerken ausgeschrieben worden seien.

Herr Messmer berichtet, dass grundsätzlich in Fachlose ausgeschrieben werde. Er führt aus, dass beim zweiten Bauabschnitt des St. Elisabethen-Klinikum Ravensburg über 50 einzelne Ausschreibungen vorgenommen wurden.

Lebensmittel in privaten Behältnissen

KRin Müller erkundigte sich, ob es erlaubt sei, beim Einkauf von Lebensmittel in Geschäften diese in mitgebrachten Behältnisse abfüllen zu lassen, um so den Plastikmüll zu vermeiden. Sie berichtet aus einem Fall in Ravensburg, bei dem das Mittagessen nur in ein vom Unternehmen bereitgestelltes Plastikgefäß und nicht in die mitgebrachte Tupperdose gefüllt wurde.

Anmerkung der Schriftführung:

In einer Mail an KRin Müller vom 21.11.2018 berichtet Frau Eva Hellmond (Sachgebietsleiterin Lebensmittelkontrolle), dass es möglich sei, dass Kunden ihre Behältnisse mitbringen. Jedoch dürfen diese nicht über die Theke in den „reinen“ Bereich gelangen.

Behindertenausweis

KR S. Scharpf teilt mit, dass die Ausstellung eines Behindertenausweises vom Landratsamt Ravensburg sehr restriktiv gehandhabt werde.

KR Dr. Schmidt bestätigt dies. Er berichtet, dass andere Landratsämter die Behindertenausweise bei einem geringeren Grad der Behinderung vergeben.

Auf die Frage von KR S. Scharpf antwortet Herr Urbaniak, dass über diese Thematik in der nächsten Sozialausschusssitzung am 06.12.2018 berichtet werde.

Kreistag am 20.11.2018:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

10.1. 0190/2018

Geltendmachung von Ansprüchen aus der gemeinsamen Unterhaltung an Bundes- und Landesstraßen

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird angewiesen, die Klage gegen das Land Baden-Württemberg zurückzunehmen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Dr. Wolfgang Dieing

Roland Zintl